



Verein „Plattform Christen und Muslime“ p.A. Mag. Maria Schelkshorn-Magas,  
Otto-Mauer-Zentrum, Währinger Straße 2-4, 1090 Wien

## **Resolution der „Plattform Christen und Muslime“ zum vorliegenden Entwurf des Islam-Gesetzes**

Wien, am 30. Oktober 2014

In ihrer heutigen Vorstandssitzung hat die „Plattform Christen und Muslime“ einstimmig beschlossen, einen Appell an die politischen Verantwortungsträger in Regierung und Parlament zu richten, den Entwurf zu einem neue Islam-Gesetz in seiner jetzt vorliegenden Fassung nicht Gesetz werden zu lassen.

Der derzeit diskutierte Entwurf vermischt nach Überzeugung der Plattform auf unzulässige Weise Fragen der inneren Sicherheit mit Prinzipien der Anerkennung einer Religionsgesellschaft. Damit aber leistet er einem Generalverdacht gegen den muslimischen Bevölkerungsanteil in Österreich in nicht akzeptabler Weise Vorschub.

Die in Europa einzigartige österreichische Tradition einer seit einem Jahrhundert geltenden Anerkennung des Islams wird durch Wortlaut und Geist des vorliegenden Entwurfs in Frage gestellt. Während den verschiedenen christlichen Konfessionen jeweils eigene Gesetze zugestanden wurden, werden in dem jetzt vorliegenden Gesetzestext verschiedene religiöse Bekenntnisse zusammengezwungen. Der Gesetzentwurf signalisiert damit nicht nur einen bedauerlichen „religiösen Analphabetismus“, er stellt darüber hinaus auch einen nicht akzeptablen Eingriff in die inneren Angelegenheiten von Religionsgesellschaften dar.

Mit einer Beschlussfassung der jetzt vorliegenden Version würde der Gesetzgeber nach einhelliger Überzeugung unserer Plattform sowohl seine religiöse Neutralität wie auch das bewährte kooperative Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften in Österreich verlassen. Besonders kritisch sieht der Vorstand der „Plattform Christen und Muslime“ das im vorliegenden Gesetzestext geforderte Verbot der Auslandsfinanzierung. Diese Bestimmung würde, auf alle Religionsgemeinschaften angewandt, insbesondere Minderheitsreligionen und -konfessionen in eine Existenzkrise treiben.

Wir sind überzeugt, dass eine so grundlegende Gesetzesmaterie ohne ein genaues Hinhören auf gewichtige Gegenstimmen, vor allem aber auf maßgebliche Einsprüche der betroffenen Glaubensgemeinschaft, nicht zur parlamentarischen Abstimmung gebracht werden darf.

Deshalb appellieren wir an Bundesregierung und Parlament, noch zeitgerecht auf gewichtige Einwendungen zu hören und sich für eine gründliche Überarbeitung des Gesetzentwurfs zu entscheiden. Einem solchen neuen Entwurf muss dann wiederum eine Begutachtungsfrist eingeräumt werden, wie sie diesem grundlegenden Schritt einer Gesetzgebung entspricht.

Univ.-Prof. Dr. Susanne Heine  
Vorsitzende

Dipl.-Ing. Tarafa Baghajati  
Vorsitzender

Dem Vorstand der Plattform gehören weiters an:

Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi / Carla Amina Baghajati / Mag. Zeynep Elibol / Dr. Otto Friedrich /  
Dr. Walter Greinert / Dipl. Päd. Christoph Gstmeyr / Adalbert Krims / Prof. Heinz Nußbaumer /  
Dr. Peter Pawlowsky / Mag. Maria Schelkshorn-Magas / Gernot Galib Stanfel